

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Dr. Herta Däubler-Gmelin
MdB zur Bonner Haltung
gegenüber den Feststellun-
gen der ILO zur Praxis des
Radikalen-Erlasses: Kohls
gespaltenes Rechtsbewußt-
sein.

Seite 1

Joachim Poß MdB zur Si-
tuation im Ruhrgebiet: Hat
Blüm Chancen? (Teil 1)

Seite 2

Dokumentation
Der Bonner Wahlforscher
Dr. Joachim Hofmann-Göt-
tig schrieb der Leiterin des
Instituts für Demoskopie
in Allensbach, Professor
Dr. Elisabeth Noelle-Neu-
mann, einen Brief, in dem
er ihr den „Flop des Jahres“
in der Demoskopie vorhält.

Seite 5

42. Jahrgang / 107

9. Juni 1987

Kohls gespaltenes Rechtsbewußtsein

Zur Bonner Haltung gegenüber den Feststellungen der ILO
zur Praxis des Radikalen-Erlasses

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Ein Untersuchungsausschuß der Internationalen Arbeitsorgani-
sation (ILO) hat vor drei Monaten festgestellt, daß die Bundes-
republik bei der Handhabung des sogenannten Radikalen-Erlasses
ihre in dem Abkommen 111 der ILO über die Diskriminie-
rung (Beschäftigung und Beruf) übernommenen rechtlichen
Verpflichtungen verletzt. Die Bundesregierung ist aufgefordert
worden, ihre Praxis bei der Überprüfung der Verfassungstreue
von Bewerbern für den öffentlichen Dienst entsprechend den
Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zu ändern.

Diese Entscheidung konnte die Bundesregierung akzeptieren
oder gegen sie beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag
ein gerichtliches Verfahren einleiten.

Die Bundesregierung lehnt es in ihrer jetzt bekanntgewordenen
Stellungnahme gegenüber der ILO ausdrücklich ab, ihre bishe-
rige Rechtsauffassung zu ändern oder den Internationalen Ge-
richtshof anzurufen. Sie wird auch in Zukunft die Empfehlun-
gen des Untersuchungsausschusses der ILO nicht beachten.
Bundeskanzler Kohl setzt sich damit über Völkerrecht hinweg.
Er bricht geltendes Recht.

Derselbe Bundeskanzler hat auf dem 44. Deutschen Anwalts-
tag in Hamburg die Sitzblockaden von Juristen in Mutlangen
als einen „Anschlag auf das Vertrauen der Bürger in Rechts-
staat und Justiz“ bezeichnet.

Kohls markige Worte zeigen seine Einseitigkeit. Auf andere
wirft er einen Stein. Dabei weiß er genau, daß er selbst im
Glashaus sitzt.

Sein Rechtsbewußtsein ist gespalten, denn die Bundesregie-
rung erwartet von anderen etwas, was sie selbst nicht beachtet.
Recht ist aber keine manipulierbare Größe, die nach politischen
Tagesopportunitäten beachtet oder mißachtet werden darf.

(-/9.6.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos Umwelt
mit dem neuen Recycling-
Beschäftigungspapier



Das Ruhrgebiet - Hat Blüm Chancen? (Teil I)**Der Versuch einer politischen Landschaftsbeschreibung**

Von Joachim Poß MdB

Die NRW-CDU ist zur Zeit dabei, sich Mut einzureden. Sie hofft auf die Wirkung der CDU-Schwalbe Blüm. Aber eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer. Andererseits ist die SPD jedoch gut beraten, angesichts der objektiven Probleme in Nordrhein-Westfalen ihre Situation realistisch einzuschätzen. Zu einer solchen Einschätzung gehört, bei der Analyse des spezifischen Wahlverhaltens im Ruhrgebiet im Verhältnis zu anderen bundesdeutschen Ballungsgebieten auf allzu oberflächliche Erklärungsmuster und falsche Alternativen (mit richtungspolitischen Akzenten) zu verzichten.

Die nachfolgend genannten Elemente einer Analyse erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und stellen lediglich eine Grobskizze dar.

I. Kompetenz und Glaubwürdigkeit

Der der CDU zugesprochene Vorsprung in der wirtschaftspolitischen Kompetenz schlägt bisher lediglich bei den sogenannten Aufsteigern durch, an denen das jahrelange propagandistische Trommelfeuer der angebotsorientierten Wirtschaftspublizisten natürlich nicht spurlos vorbeigegangen ist. Diese, die sozialdemokratische Programmatik im ökonomischen Bereich diffamierende Propaganda festigte zudem ein gewisses - auch im Ruhrgebiet anzutreffendes - Potential mittelständischer Wechselwähler im konservativen Bereich.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft und ihre Familien mißtrauen jedoch aufgrund geschichtlicher Erfahrungen (zum Beispiel Zechenstilllegungen) und des Einblicks in betriebliche Abläufe (Rationalisierungsfolgen) den konservativen Krisenlösungskonzepten, die nach ihrer Auffassung die Probleme weiter verschärfen. So war es zum Beispiel die Kohlekrise in der Mitte der 60er Jahre, die einen Großteil der bisher auf die CDU orientierten, konfessionell gebundenen Wähler zur SPD wechseln ließ. Die aktuellen Vorgänge in der Stahlindustrie und im Kohlebergbau die, wie schon zu Erhardts Zeiten, einhergehen mit einer konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik, schüren eher das sowieso vorhandene Mißtrauen in der Arbeitnehmerschaft.

Einem bewußten und geschulten Gewerkschafter können noch so eifrige CDU-Propagandisten eben nicht klarmachen, daß für den Abbau von zig-tausend Arbeitsplätzen in seinem Unternehmen die SPD die Verantwortung trägt. Vor dem Hintergrund der nach dem 25. Januar 1987 verkündeten Entlassungsplänen der Unternehmen und der energiepolitischen Absichten der Bundesregierung, kann die Wahlkampfparole der CDU „Neue Arbeit, neue Hoffnung für das Ruhrgebiet“ (1983 hieß diese Parole „Wir schaffen Arbeitsplätze für's Revier“) nur als blanker Zynismus verstanden werden, Norbert Blüm hin oder her.

Die SPD wurde und wird zu Recht als treuer Verbündeter der Kohle verstanden. Die über Jahrzehnte gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Parteien stabilisieren in einer Region, in der fast jeder in seiner Familie direkt oder indirekt mit dem Bergbau beziehungsweise Stahl verbunden war oder ist, die Präferenz zur SPD. Die Wähler des Ruhrgebietes haben, ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte, langandauernde direkte oder indirekte Erfahrungen mit Strukturkrisen. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu anderen Ballungsgebieten. Die Arbeitnehmer sehen in



dem von der SPD propagiertem Sozialstaatsgedanken die notwendige Sicherheit, die ihnen auch individuelle Stabilität gibt. Eine Vision vermittelt der Sozialstaatsgedanke (anders als in den frühen 70er Jahren) hier allerdings auch nicht mehr. Die Kollision zwischen persönlicher Leistung und teuer zu finanzierendem Sozialstaat - ein wichtiger Faktor konservativ-liberaler Propaganda - wird nicht akzeptiert.

Allerdings darf man aus dem Mißtrauen des allergrößten Teils der engagierten Arbeitnehmer gegenüber den konservativen „Milch- und Honig-Parolen“ einerseits und SPD-Verleumdungsorgien andererseits nicht schließen, daß ihnen die sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungsphilosophie, über den Rahmen von Schlagworten hinausgehend klar wäre. Und genau an diesem Punkt wird die SPD ansetzen müssen, wenn sie die Basis der Zustimmung im Umfang des jetzt gegebenen Potentials sich erhalten will. Die struktur- und beschäftigungspolitischen Zusammenhänge und ihre klare, verständliche Erklärung müssen auch in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik gestellt werden. Vereinfacht und verkürzt gesagt: Jeder Ortsvereinsfunktionär, zumindest jeder Mandatsträger, muß die Grundzüge der in den Nürnberger Beschlüssen skizzierten wirtschaftspolitischen Vorstellungen erläutern können. Nur so wird man die gerade in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zweifelsohne gegebene programmatische Überlegenheit der SPD - gegenüber CDU/FDP einerseits und „Grünen“ andererseits nutzen können.

II. Zum Bild der Ruhrgebiets-SPD - Klischee und Wirklichkeit

1. Die Bindungskraft des Milieu

Duisburger Stadtforscher sprachen nach der Wahl von einem „verspäteten Machtwechsel“ im Ruhrgebiet. Sie verweisen zu Recht darauf, daß das Arbeitermilieu als Basis für die hohen Revierergebnisse der SPD immer schmäler geworden ist. Viele Arbeiterhaushalte ordneten sich durch Einheirat, bessere Ausbildung der Kinder unter anderem mehr bürgerlichen Schichten zu, womit diese Gruppe auch für die CDU leichter erreichbar wird. Darüber hinaus wird zutreffend festgestellt, daß der Anteil der Wechselwähler aus der SPD-Stammwählerschaft steigt und sich neben der SPD mit den Grünen eine relativ starke Gruppe einzurichten beginnt, die Anziehungskraft auf ursprüngliches SPD-Wählerpotential ausübt.

Nun sollte man sich vor Augen führen, daß es sich beim Ruhrgebiet der gesamten Struktur und dem Charakter nach um eine „verspätete Region“ handelt.

Die Sozialdemokratie gelangte vor der Jahrhundertwende, zu einem Zeitpunkt, in dem sie in den Großräumen Berlin und Hamburg, aber auch in sächsischen und bergischen Gewerbegebieten Reichstagsmandate eroberte, über den Status einer kleinen Splitterpartei noch nicht hinaus. Die Ursachen, die an dieser Stelle nicht näher erläutert werden können, sind in einem informativen Beitrag von Karl Rohe (Reihe Geschichte und Theorie der Politik, FU Berlin, Band 5) nachzulesen. Jedenfalls gab es eine langjährige politische Dominanz des „bürgerlichen“ (insbesondere der Nationalliberalen und katholischen Lagers) an der Ruhr. Beiden Lagern ist es in der Zeit von 1870 bis 1895 gelungen, breite Kreise der Arbeiterschaft positiv für sich zu mobilisieren. Ein sich seiner Gemeinsamkeit und seines „Andersseins“ bewußtes Arbeitermilieu war noch nicht vorhanden. Katholische Bildungsschichten als politische und gesellschaftliche Fürsprecher und konservativ-liberale Parteien auf protestantischer Grundlage mit nationaler Betonung prägten das politische Bewußtsein der aus agrarischen Strukturen zugewanderten Arbeiter. Erst mit der zweiten Einwanderungswelle verschob sich das Bild.



Grundsätzlich - so Rohe - ist davon auszugehen, daß trotz aller über Alltagskommunikation und Organisation vermittelten Bewußtseinsformung Milieus nur solange anwachsen und auf Dauer überleben, wie ihnen eine bestimmte materiell-ideelle Interessenlage und Bewußtseinslage entspricht.

Damit komme ich zum 25. Januar 1987 zurück. Das SPD-Ruhrergebnis war so relativ gut, weil Interessenlage und Bewußtseinslage bei einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft (und nicht nur der Arbeiter) noch übereinstimmen. Die „Bodenhaftung“ der Sozialdemokraten im gesellschaftlichen Umfeld trägt noch. Die SPD wird in ihrer Parteiarbeit darauf Wert legen müssen, daß sie im sich verändernden „Milieu“ präsent bleibt. Hinzu kommt ein weiterer Punkt. Wählerpotentiale müssen ausgeschöpft werden. Dazu bedarf es bestimmter Integrations- und Mobilisierungsmechanismen.

Diese Mechanismen beginnen bei einer systematischen Stärkung des traditionellen Umfelds. (Das geht nur über unzählige Kontakte zu den Gewerkschaften, Betriebsräten, Gewerkschaftsjugend, Arbeiterwohlfahrt (AWO), Falken, Naturfreunde. Welcher SPD-Funktionär verläuft sich schon einmal in einen Gesprächskreis der „Falken“?)

Die Zustimmung der SPD in dem genannten Bereich ist schon längst nicht mehr selbstverständlich. Das ist sowohl durch die SPD-Regierungspolitik als auch durch örtliche Entwicklungen begründet. Ich sehe aber die konkrete Chance, daß entstandene Kommunikations- und Glaubwürdigkeitsdefizite aufgearbeitet werden können.

Die Bildung örtlicher Gewerkschaftsräte ist zum Beispiel eine solche Möglichkeit. Die Gesamtpalette der im Orientierungsrahmen '85 genannten vertrauensbildenden Maßnahmen ist zu prüfen. Die Differenzierung des Arbeitnehmerbegriffs spielt dabei eine wichtige Rolle. Auch der sogenannte soziale Aufsteiger sieht im Ruhrgebiet, auf die örtliche Ebene bezogen, in der CDU und FDP keinen präsenten und attraktiven Ansprechpartner. Selbst der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) sollte man es nicht zu leicht machen, die SPD zu übersehen. Für die SPD setzt die so beschriebene Vertrauensarbeit eine gesprächsaffene Kommunal- und Parteipolitik voraus, die viele „kleine Netze“ knüpft. (-/9.6.1987/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).



DOKUMENTATION

„Ihre Tragik, die Wirklichkeit nicht unverzerrt wahrnehmen zu können“

Ein Brief des Bonner Wahlforschers Dr. Joachim Hofmann-Göttig an Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann

„Die Grenze zwischen Wissenschaft und groben Unfug überschritten“ zu haben, hält der Bonner Wahlforscher Dr. Joachim Hofmann-Göttig der Leiterin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, vor. Grund der Kritik: Die „Lieblingsdemoskopin des Bundeskanzlers“ („Der Spiegel“) hatte in der „Welt“ vom 13. Januar - also zwölf Tage vor den Bundestagswahlen - prognostiziert, die Grünen würden bei den Jungwählern stärkste Partei, und die SPD würde noch hinter der Union landen. Hofmann-Göttig, der bereits am 15. Januar in einem (unveröffentlichten) Leserbrief an die „Welt“ die Ansicht vertrat, die Noelle-Neumann Aussage werde sich in der Wahlforscher-Branche als „Flop des Jahres“ erweisen, kann der Demoskopin vom Bodensee nun auf empirisch gesicherter Grundlage widersprechen: Ihrer „Erhebung“ auf der Basis von 200 Jungwählern stellt der Bonner Wahlforscher die seit wenigen Tagen verfügbare Auswertung der 1,5 Millionen gesondert ausgezählten Stimmzettel entgegen. Ein Vergleich ergibt erhebliche „Fehlerrisiken“, wie Dr. Joachim Hofmann-Göttig in seinem nachstehend dokumentierten Brief deutlich macht.

Liebe Frau Noelle-Neumann,

als Wissenschaftlerin werden Sie Verständnis dafür haben, wenn ein Kollege die „Schweigespirale“ gegenüber der eigenenunft durchbricht. Die soeben vorgelegte amtliche Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden zur Bundestagswahl 1987 belegt, daß Sie mit Ihrer „Jungwähleranalyse“ („Politische Kluft zwischen Jung und Alt“ in: Die „Welt“ Nr. 10 vom 13. Januar 1987, Seite 6) die Grenze zwischen Wissenschaft und groben Unfug überschritten haben.

In meinem Buch „Die jungen Wähler“ (1984) hatte ich Anlaß, INFAS Fehleinschätzungen der Jungwähler aus den 70er Jahren um bis zu zehn Punkten vorzuhalten.

Demgegenüber erweist sich Ihre Jungwähler-Prognose als Flop des Jahres. Abweichungen zwischen Prognose und Wirklichkeit (innerhalb von vier Wochen) mit mehr als 20 Punkten - wie jetzt nachweisbar (siehe Tabelle) - dürften in der Geschichte der Sozialwissenschaft einmalig sein. Das rechtfertigt Erwähnung im Guinness-Buch der Rekorde.

„In gewisser Weise“, schreiben Sie in dem „Welt“-Beitrag zwölf Tage vor der Bundestagswahl, „könnte man von einer Tragik der SPD sprechen, die bei den Jungwählern heute hinter den Grünen und der CDU/CSU erst an dritter Stelle liegt“.

Es ist wohl eher Ihre Tragik, die bundesrepublikanische Wirklichkeit nicht unverzerrt wahrnehmen zu können:

— Jedenfalls erreichten die Grünen bei den Jungwählern (18- bis 24jährigen) nicht die von Ihnen Ende Dezember 1986 erhobenen 33,1 Prozent, sondern nur 15,5 Prozent.

Sie bleiben damit hinter der Union (36 Prozent) und SPD (38,1 Prozent) auf Rang drei.

– Völlig daneben ging Ihre Prognose für die jungen Frauen. 37,0 Prozent-Anteil sahen Sie hier für die Grünen; 16,5 Prozent ist die amtliche Realität.

Eine Fehlprognose um 20,5 Punkte!

– Maßlos unterschätzt haben Sie die SPD, die bei den Jungwählern 10,7 Punkte mehr holte, als von Ihnen prognostiziert. Bei den jungen Frauen sahen Sie die SPD gar nur bei 21,1 Prozent, tatsächlich erreichte sie 38,7 Prozent (17,6 Punkte mehr).

Fehlleistungen dieser Art hätte es nicht gegeben, wenn Sie die Ende Dezember erhobenen Daten vor dem Hintergrund der für die bisherigen Wahlen vorliegenden amtlichen Jungwähler-Daten einer Plausibilitäts-Kontrolle unterzogen hätten (siehe mein Leserbrief an „Die Welt“ vom 15. Januar 1987). Denn schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung waren die Fehlerspannen für Fachleute klar erkennbar.

Lediglich 200 befragte Jungwähler waren, wie auf Nachfrage zu erfahren war, die Datenbasis für die erstaunlich kühne Prognose, die geeignet ist das auch von Ihnen in früheren Jahren durchaus geförderte Ansehen der Demoskopie als Wissenschaft zu unterminieren.

Demgegenüber stehen 1,5 Millionen gesondert ausgezählte Stimmzettel als Basis der amtlichen Statistik.

Ihrem Institut beim Verfassen und der „Welt“ beim Abdruck derartiger Umfragedaten stünde mehr Seriosität dringend an.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Jungwähler-Verhalten (18-24-Jährige): Prognose Noelle-Neumann Dezember 1986 ¹⁾ und
amtliche Realität Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 ²⁾

	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Jungwähler insgesamt				
Noelle-Neumann	32,8	27,4	5,6	33,1
amtliche Realität	35,0	38,1	8,3	15,5
Differenz	- 3,2	-10,7	-2,7	+17,6
Junge Männer				
Noelle-Neumann	30,2	32,7	5,3	29,8
amtliche Realität	37,0	37,5	8,6	14,5
Differenz	- 6,8	- 4,8	-3,3	+15,3
Junge Frauen				
Noelle-Neumann	36,0	21,1	5,9	37,0
amtliche Realität	34,8	38,7	8,0	16,5
Differenz	+ 1,2	-17,6	-2,1	+20,5

1) Quelle Prognose Noelle-Neumann: Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann "Politische Kluft zwischen Jung und Alt"
In: Die Welt vom 13. Jan. 1987 Stichprobengröße = 200 Befragte.
2) Quelle für amtliche Realität: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden - Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Jan. 1987
Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter (Mai 1987).
Stichprobengröße = 1,5 Millionen gesondert ausgezählte Stimmzettel.

{-/9.6.1987/ks/rs}

